



**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**
BUNDESTAGSFRAKTION



Menschenrechte stärken!

UNS GEHT'S UMS GANZE

MENSCHENRECHTE

ACHTEN – SCHÜTZEN – FÖRDERN

Friedlich, frei und gleichberechtigt leben – das geht nur, wenn überall die Menschenrechte gewahrt werden. Niemand darf sich dieser Verantwortung entziehen: keine Regierung, kein Unternehmen, keine Organisation. Die „Allgemeine Erklärung der Menschenrechte“ der Vereinten Nationen ist der Grundstein des internationalen Menschenrechtsschutzes.

Doch nach wie vor müssen die Achtung, der Schutz und die Fortentwicklung der Menschenrechte weltweit erkämpft und verteidigt werden. In vielen Ländern werden Menschen, die ihre Rechte wahrnehmen oder sich für Menschenrechte einsetzen, verfolgt, verhaftet, gefoltert oder sogar ermordet. Autoritäre Staaten, etwa die Volksrepublik China, stellen die Universalität und Unteilbarkeit der Menschenrechte zunehmend infrage und versuchen, das internationale Menschenrechtssystem und seine Institutionen zu instrumentalisieren und auszuhöhlen. In bewaffneten Konflikten werden die Regeln des humanitären Völkerrechts missachtet, Institutionen und Abkommen wie die Genfer Flüchtlingskonvention werden ignoriert.

Der völkerrechtswidrige Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine ist eine Zäsur und stellt die internationale Rechts- und Friedensordnung auf eine harte Probe.

Auch bei uns in Deutschland sind wir gefordert, die Menschenrechte zu achten und zu verwirklichen, von der Flüchtlings- und Migrationspolitik über den Kampf gegen Hass, Ausgrenzung und Diskriminierung bis hin zur Digitalisierung und dem Umgang mit den Folgen der Klimakrise.

Menschenrechte sind universell, unteilbar und nicht verhandelbar. Die Menschenrechtspolitik stellt den Schutz der Schwächsten ins Zentrum. Frauen und Kinder, LGBTIQ-Personen, PoC, Menschen mit Behinderung und viele weitere Gruppen formen unsere Gesellschaft der Vielen, die auf Menschenrechten und Antidiskriminierung aufbaut. Es muss Maßstab deutscher Politik sein, Menschenrechte zu achten, zu schützen und zu fördern – im Innern wie nach außen.

MENSCHENRECHTE IN DER KLIMAPOLITIK



Foto: REUTERS/Sivaram V

Die Klimakrise hat weitreichende und schon heute deutlich spürbare Auswirkungen auf die Menschenrechte – vom Zugang zu sauberem Trinkwasser über das Recht auf Wohnen bis zum Recht auf Bildung. Die globale Erderhitzung gefährdet damit auch unmittelbar das Erreichen der Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen (SDGs). Aber auch Maßnahmen zu Klimaschutz und Klimaanpassung können zu Menschenrechtsverletzungen führen, zum Beispiel, wenn Menschen beim Bau von Wasserkraftwerken gegen ihren Willen und ohne Entschädigung zwangsumgesiedelt

werden. Auch hier gilt es Menschenrechte zu achten. Weltweit verschärfen in vielen Regionen die Auswirkungen der Klimakrise zudem bestehende gewaltsame Konflikte, und neue Konflikte um Wasser und fruchtbares Land entstehen, mit mittelbaren und unmittelbaren menschenrechtlichen Folgen. Als Grüne im Bundestag setzen wir uns für eine bessere Verzahnung von Menschenrechts- und Klimapolitik ein. Deswegen engagieren wir uns unter anderem für die Einrichtung eines Fonds zum Ausgleich von Schäden und Verlusten.

FÜR EINE STARKE ZIVILGESELLSCHAFT WELTWEIT

Auf der ganzen Welt machen sich Millionen Menschen für Demokratie und Bürger*innenrechte stark. Sie fordern Umwelt- und Klimaschutz ein, kämpfen gegen Diskriminierung und für soziale, wirtschaftliche und kulturelle Rechte. Diese mutigen Einzelkämpfer*innen, Gruppen und Nichtregierungsorganisationen (NGOs) wollen wir unterstützen und schützen.

Gleichzeitig schränken immer mehr Staaten demokratisches, zivilgesellschaftliches Engagement systematisch ein: Sie diffamieren, behindern und kriminalisieren die Arbeit von NGOs oder verweigern staatlichen Schutz. Von Ägypten bis China, von Nicaragua über Russland bis zum Iran – um nur einige Beispiele zu

nennen: In vielen Ländern tendiert der Handlungsspielraum für die Zivilgesellschaft gegen null. Besonders alarmierend: In Ländern wie den Philippinen, Brasilien, Honduras, Mexiko oder Kolumbien bezahlen Menschenrechts- und Umweltaktivist*innen ihr Engagement oft mit dem Leben. Besonders betroffen sind Indigene. Auch die Meinungs- und Pressefreiheit ist vielen Regierungen ein Dorn im Auge. Selbst Mitgliedstaaten der Europäischen Union schränken diese Grundpfeiler der Demokratie ein, um jede Form von Kritik zu ersticken.

Wir Grüne im Bundestag fordern von Deutschland eine klare Haltung und konkretes



Handeln beim Schutz von Menschenrechten. Die deutschen Auslandsvertretungen müssen Menschenrechtsverteidiger*innen vor Ort unterstützen und damit öffentlich sichtbar machen, dass Deutschland an ihrer Seite steht. Wo nötig, muss unser Land bedrohte Aktivist*innen mittels humanitärer Visa oder über Schutzprogramme wie die Elisabeth-Selbert-Initiative aufnehmen und zudem regionale Schutzprogramme weiter ausbauen.

„Shrinking Space“ ist ein globales Problem, nur gemeinsam können wir es bewältigen: Deutschland muss sich mit Gleichgesinnten innerhalb der EU und der VN für die Sicherheit von Menschenrechtsverteidiger*innen auf nationaler, regionaler und internationaler Ebene einsetzen. Mit der Verteidigung von Freiräumen für die Zivilgesellschaft fördern wir Demokratie und Rechtsstaatlichkeit.

MENSCHENRECHTE IN DER FLÜCHTLINGSPOLITIK



Wir Grüne im Bundestag stehen für eine Flüchtlings- und Integrationspolitik, in der der einzelne Mensch zählt. Wir verteidigen das Grundrecht auf Asyl, setzen uns für faire, qualifizierte und effiziente Verfahren sowie für eine nachhaltige Integrationspolitik ein, die die gesellschaftliche Teilhabe von Geflüchteten gewährleistet.

Wir engagieren uns außerdem für eine humane und zurückhaltende Praxis beim Thema Abschiebungen. Um die zutiefst unmenschliche jahrelange Trennung von Familien zu beenden, machen wir uns auch für eine Erleichterung des Familien- und Geschwisternachzugs stark.

Die EU und ihre Mitgliedstaaten müssen eine neue Flüchtlingspolitik entwickeln, die ihren menschenrechtlichen Verpflichtungen gerecht wird. Das ver-

langt Solidarität untereinander, eine Orientierung an den Bedürfnissen und Rechten der Schutzsuchenden und einen menschenwürdigen Umgang mit Geflüchteten. Daneben müssen weitere Möglichkeiten zur sicheren Einreise in die EU geschaffen werden. Wir setzen uns dabei für Resettlement und humanitäre Aufnahmeprogramme als sichere und legale Wege der Migration ein.

Auch an ihren Außengrenzen ist die Europäische Union für den Schutz von Menschenrechten verantwortlich. Diese Verantwortung verletzt sie jedoch fortwährend, wenn sie duldet oder daran beteiligt ist, dass Flüchtende abgewiesen oder gar ins offene Meer zurück-

gedrängt werden. Wir kämpfen für eine europäisch organisierte und finanzierte zivile Seenotrettung auf dem Mittelmeer.

Die Verantwortung Deutschlands fängt bereits dort an, wo Krieg, Verfolgung, Naturkatastrophen und existenzielle Not Menschen zur Flucht zwingen. Deutsche Politik muss Fluchtursachen bekämpfen, indem sie sich überall für Menschenrechte starkmacht: in der Außen- und Entwicklungspolitik ebenso wie in der Klima- oder Handelspolitik.

SCHUTZ ENTLANG DER WERTSCHÖPFUNGSKETTE

Ob bei der Gewinnung seltener Erden im Kongo, der Fleischverarbeitung in Deutschland oder der Textilindustrie in Bangladesch – weltweit werden im Zuge von Handel und Produktion Menschenrechte verletzt, unter anderem durch das Missachten von Arbeitsrechten oder Kinderarbeit. Staaten haben die Pflicht, die Rechte von Menschen zu schützen – auch gegenüber Unternehmen. Unternehmen sind ihrerseits verpflichtet, Menschenrechte zu achten. Gesetzliche Maßnahmen schaffen Rechts- und Planungssicherheit, von der auch Firmen im internationalen Wettbewerb profitieren. Seit 2023 gilt in Deutschland das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz. Damit ist gesetzlich geregelt, dass Unternehmen Menschenrechte entlang ihrer Lieferketten schützen müssen. Als Grüne im Deutschen Bundestag setzen wir uns auf EU-Ebene ein für ein einheitliches, wirkungsvolles Lieferkettengesetz und ein Verbot von Produkten aus Zwangsarbeit sowie für ein rechtsverbindliches Abkommen zu Wirtschaft und Menschenrechten auf VN-Ebene.





Neu angelegte Gräber auf einem Friedhof in Irpin bei Kiew für Menschen, die während der russischen Invasion in der Ukraine getötet wurden. Foto: REUTERS/Zohra Bensemra

KAMPF GEGEN STRAFLOSIGKEIT

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine hat unermessliches Leid über die Bevölkerung der Ukraine gebracht. Die europäische Friedensordnung wurde in ihren Grundfesten erschüttert. Der Krieg hat einmal mehr eine eklatante Lücke im Völkerrecht offenbart: Die internationale Gemeinschaft ist nicht fähig, die Verantwortlichen für derartige Angriffskriege strafrechtlich zu verfolgen. Aber Völkerrechtsverbrechen, zu denen neben Angriffskriegen auch Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Völkermord zählen, dürfen nicht straflos bleiben. Als Grüne im Bundestag fordern wir daher alle Staaten dazu auf, die Gerichtsbarkeit des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH) anzuerkennen. Wir machen uns stark für eine Reform des Römi-

schen Status des IStGH, damit dieser künftige Angriffskriege umfassend strafrechtlich verfolgen kann. Wir unterstützen die Forderung nach einem Sondertribunal für den Angriffskrieg gegen die Ukraine. Komplementär müssen Völkerstraftaten nach dem Weltrechtsprinzip auf nationaler Ebene verfolgt werden. Um einem Ende der Straflosigkeit näher zu kommen, setzt sich die grüne Bundestagsfraktion auch für mehr Geld und Personal ein, um die Verfolgung schwerster Menschenrechtsverbrechen vor deutschen und internationalen Gerichten zu gewährleisten. Internationale Initiativen zur Beweissicherung und Sanktionsinstrumente für schwere Menschenrechtsverletzungen sind weitere wichtige Komponenten gegen Straflosigkeit.



Digitale Technologien: NUR MIT MENSCHEN- RECHTEN

Digitale Technologien können die Zivilgesellschaft mobilisieren und weltweite Solidarität, Vernetzung und Teilhabe ermöglichen. Sie sind gleichfalls hilfreich bei der Dokumentation von Menschenrechtsverletzungen, beispielsweise durch Satellitenbilder oder Open Source Daten. Beim globalen Schutz von Menschenrechten stellen sie uns aber auch vor erhebliche Herausforderungen.

Es braucht rechtsstaatliche Verfahren für den Einsatz und die demokratische Kontrolle von KI-Anwendungen, Drohnen oder Spähsoftware, um sicherzustellen, dass vor allem das Recht auf freie Meinungsäußerung und das Recht auf Privatsphäre gewahrt werden. Der anlasslose Einsatz von zum Beispiel automatisierter Gesichtserkennung im öffentlichen Raum etwa ist nicht nur in autoritären Staaten eine Bedrohung für Grund- und Freiheitsrechte. Wir lehnen allgemeine, anlasslose Überwachung und das Scannen privater Kommunikation ab. Wir setzen uns für verschlüsselte Kommunikation und ein offenes Internet ein, das sich auch anonym nutzen lässt.

Solange es keine menschenrechtskonformen Schutzregelungen gibt, setzen wir uns für ein internationales Moratorium für die Ausfuhr,

den Verkauf und die Weitergabe von Überwachungssoftware ein. Es braucht klare Kontrollvorgaben für EU-Mitgliedstaaten über die EU-Dual-Use-Verordnung hinaus.

IT-Angriffe, Internetabschaltungen und Desinformationskampagnen als Instrumente der politischen Repression und hybriden Kriegsführung gehen oft mit Menschenrechtsverletzungen einher. Wir setzen uns international gegen Shutdowns und eine weitere Fragmentierung der Internetinfrastruktur ein – und unterstützen die globale digitale Zivilgesellschaft.

MENSCHENRECHTE *im und durch Sport*

Sport verbindet Menschen weltweit. Er ist wie eine Sprache, die wir alle sprechen. Er kann zu gesellschaftlicher Teilhabe, Integration und Inklusion beitragen. Dieses Potenzial wollen wir nutzbar machen, um weltweit Menschenrechte, Gleichberechtigung und Toleranz zu fördern.

Gleichzeitig bergen gerade Sportgroßveranstaltungen und die Industrien dahinter die Gefahr, selbst Menschenrechte zu verletzen, beispielsweise durch die Missachtung von Arbeitnehmer*innenrechten.

Als Grüne im Bundestag setzen wir uns dafür ein, dass Sportgroßveranstaltungen klimaneutral, sozial, nachhaltig und menschenrechtskonform umgesetzt werden. Sie sollen einen bleibenden Infrastrukturgewinn für die Bürger*innen vor Ort schaffen. Auch Sportverbände müssen ihre menschenrechtlichen Sorgfaltspflichten beachten. Wir fordern außerdem, dass menschenrechtliche Standards schon im Vergabeprozess für Großveranstaltungen verankert und konsequent angewendet werden.

Foto: REUTERS/Arnd Wiegmann



GESELLSCHAFT DER VIELEN

Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Recht geboren – so ist es in Artikel 1 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte verankert. Jeder Mensch hat das Recht auf Gleichbehandlung und Nichtdiskriminierung. Und doch sind Rechtsextremismus, Antisemitismus, Rassismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit Realität in unserer Gesellschaft und tief verwurzelt in ihren Strukturen. Sie gefährden nicht nur unseren gesellschaftlichen Zusammenhalt und unsere Demokratie, sondern auch sehr konkret Menschen, die als Feindbilder konstruiert werden – im schlimmsten Fall mit tödlichen Konsequenzen.

Als Grüne im Bundestag ist es unser Ziel, gesellschaftlich verwurzelte Vorurteile und Diskriminierungen zu überwinden. Menschen mit Einwanderungsgeschichte, LGBTIQ-Personen, Menschen mit Behinderung, junge und alte Menschen, Menschen unterschiedlichster Religionen, seit Generationen in Deutschland lebende Personen – die deutsche Gesellschaft ist vielfältig. Und genau diese Vielfalt braucht es für eine starke und widerstandsfähige Demokratie. Wir wollen ein Deutschland, in dem alle hier Lebenden ihre Menschenrechte vollumfänglich wahrnehmen können.

Das heißt konkret: Durch eine vorausschauende Extremismusprävention wollen wir Angriffe auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt verhindern. Wir setzen uns dafür ein, das Wort „Rasse“ aus dem Grundgesetz zu streichen und den Schutz vor Diskriminierung aufgrund der sexuellen Identität hinzuzufügen. Wir wollen ein Partizipationsgesetz auf den Weg bringen und das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz reformieren, um Teilhabe und Zugehörigkeit aller Bevölkerungsteile zu fördern. Mit einem Demokratiefördergesetz stärken wir diejenigen, die unsere Demokratie stark machen.



Foto: REUTERS/Arnd Wiegmann

NOCH FRAGEN?

ZUM WEITERLESEN:

- ——— [gruene-bundestag.de](https://www.gruene-bundestag.de) » Themen » Menschenrechte

BUNDESTAGSDRUCKSACHEN:

- 20/2572 Unterstützung des Friedensprozesses in Kolumbien
- 20/3495 Grundbildung im globalen Süden als Basis gesellschaftlicher Teilhabe auf- und ausbauen
- 20/4059 Für die Schließung des Gefangenenlagers in Guantánamo Bay nach 20 Jahren
- 20/4329 Protestbewegung im Iran unterstützen
- 20/4330 1,5-Grad-Pfad beschreiten
- 20/5228 Anerkennung und Gedenken an den Völkermord an den Êzîdinnen und Êzîden 2014
- 20/6543 Friedensprozess in Äthiopien weiter unterstützen
- 20/8536 50 Jahre deutsche Mitgliedschaft in den VN

Bündnis 90/Die Grünen
Bundestagsfraktion

Fachbereich 4

Internationale Politik und
Menschenrechte

TEL 030 227 56789

FAX 030 227 56552

info@gruene-bundestag.de

*Diese Veröffentlichung informiert
über unsere parlamentarische
Arbeit im Deutschen Bundestag.
Sie darf im Wahlkampf nicht als
Wahlwerbung verwendet werden.*

Impressum: Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion

Platz der Republik 1, 11011 Berlin, Gestaltung: Stefan Kaminski, Stand: November 2023, Titelfoto: Reuters/Lisa Marie David